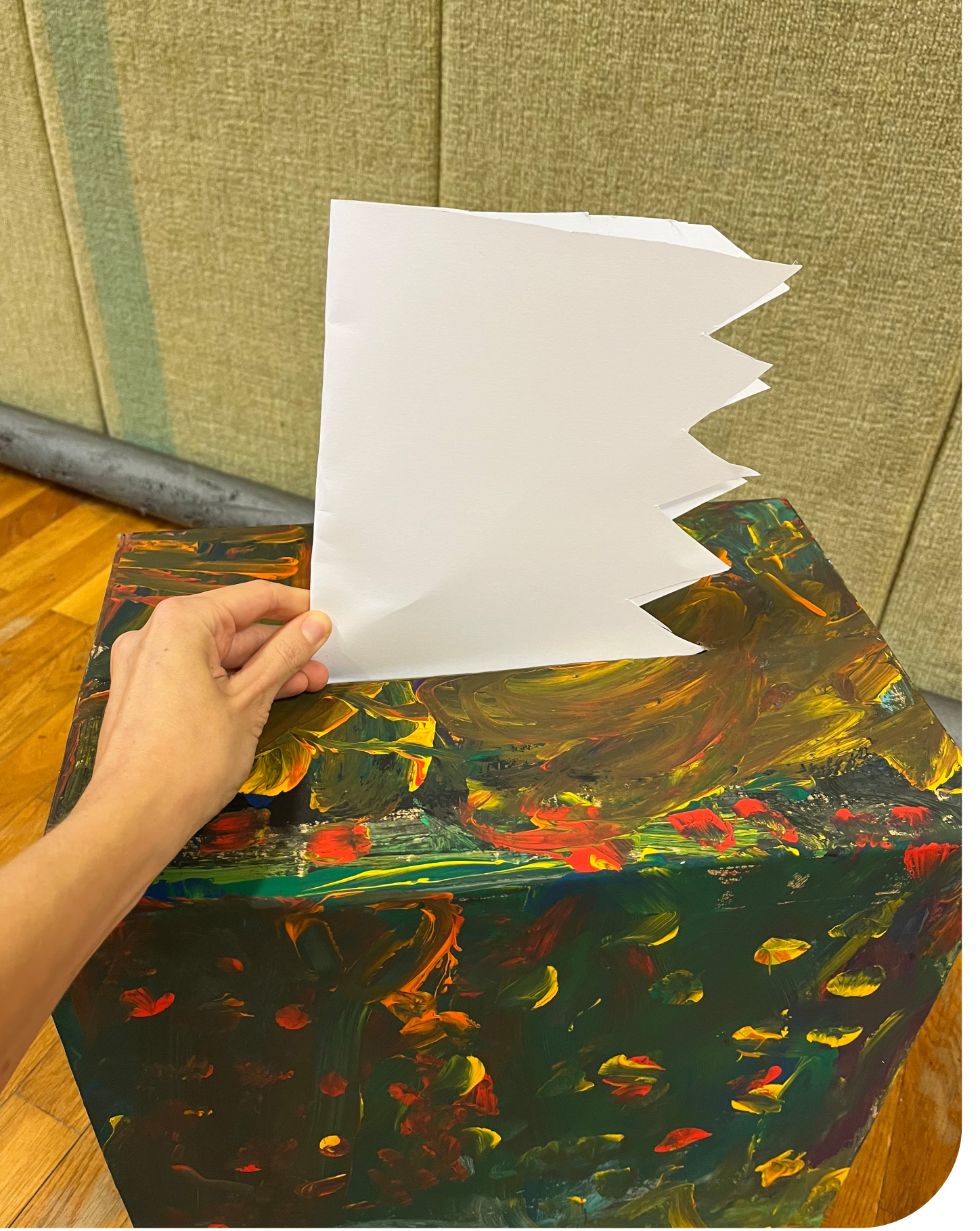


Johanna Rohde

DER RECHTSANSPRUCH AUF GANZTAGBETREUUNG KOMMT – WAS TUN ALS POLITISCHE BILDUNG?

Mitbestimmung kann gar nicht früh genug beginnen! – Dieser Devise folgt das Projekt „Wir gründen unser OGS-Parlament!" gleich in doppelter Hinsicht. Zum einen richtet es sich an Grundschulkinder, also eine „frühe" und von politischer Bildung vergleichsweise wenig adressierte Lebensphase. Zum anderen verfolgt es den Ansatz, dass Kinder nicht erst nach der Einführung von Parlamenten eingebunden werden, sondern vielmehr den Grundstein der Parlamentsbildung selbst legen sollen.

„Politische Bildung in der Ganztagsschule [hieße], im Lebens- und Lernort Ganztagsschule Beteiligung von Jugendlichen sehr viel konsequenter umzusetzen. Neben dem Erlernen politischer und gesellschaftlicher Strukturen und ihrer Wirkungszusammenhänge wäre die Erfahrung der Relevanz des eigenen Handelns ein elementarer Zugang zu einer sehr viel umfassenderen politischen Bildung".[1] Schon der 15. Kinder- und Jugendbericht des Bundes stellte also 2017 bedauernd fest, dass weder Partizipation noch politische Bildung ausreichend umgesetzt werden.

Drei Jahre später bezeichnet der nächste Jugendbericht Ganztagsschulen als einen „unterschätzten Raum", in dem politische Bildung „keine explizite und zentrale Rolle"[2] spielt. Das ist insbesondere deswegen bedenklich, weil der Ganztag spätestens durch die Einführung des Rechtsanspruchs auf eine Ganztagsbetreuung ab 2026 potenziell jedes Kind betreffen wird und die Erfahrungen, die Kinder dort machen, somit ganze Generationen prägen. Ganztag kann, je nach Ausgestaltung, eine genutzte oder vertane Chance sein, Kinder mit politischer Bildung zu erreichen und Partizipation Alltag werden zu lassen.

Das Projekt, in dem Offene-Ganztags-Grundschulen (OGS)-Mitarbeitende, OGS-Träger*innen und politische Bildung gemeinsam die Gründung von OGS-Parlamenten vorantrieben, hat immer wieder die Notwendigkeit einer guten personellen Ausstattung, ausreichender Kreativ- und Planungszeiten für das Personal und eines Verhältnisses auf Augenhöhe zwischen Schul- und Ganztagsleitung gezeigt. Außerdem wurde deutlich, wie wichtig es ist, die Mitarbeitenden vor Ort auf ihre politisch bildende Arbeit vorzubereiten. Wie mit Kindern zu politischen Themen arbeiten? Dazu fehlt es oftmals an Ideen, aber auch an Kompetenzen. Wenn sich die Akteur*innen der außerschulischen politischen Bildung OGS-Trägern und -Einrichtungen als Partner*innen zur Verfügung stellen, Projekte anstoßen und koordinieren, wirkt das in das Ganztagsschul-Team hinein: Die Mitarbeitenden werden zu Projekten politischer Bildung ermuntert und lernen, wie Workshops konzipiert und komplexe politische Sachverhalte kindgerecht vermittelt werden können.

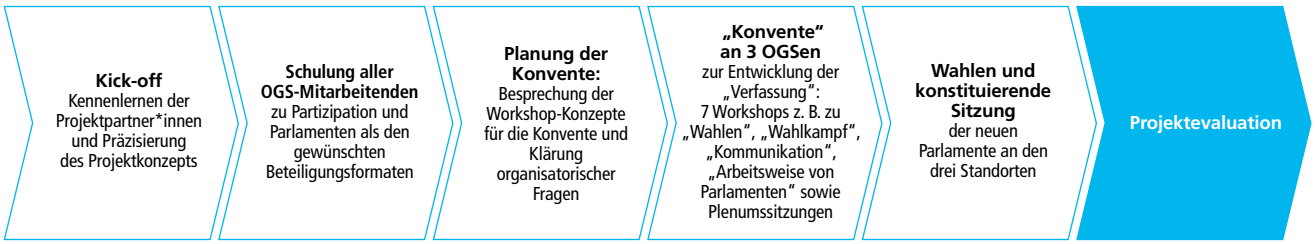
Die Grundidee des Projekts

Um Partizipation im Ganztag zu verankern und Kindern das Mitgestalten ihres Umfeldes zu ermöglichen, ohne eine Scheinpartizipation aufzubauen, braucht es ein klares Verständnis bei allen Beteiligten, dass Kinder ein Recht auf Mitbestimmung haben, und Strukturen, die das sicherstellen. Kinder- und vor allem Jugendparlamente sind eine Form struktureller Beteiligung – in Kommunen weit verbreitet, im Ganztag aber kaum vorzufinden. So entstand die Idee, an mehreren Offenen Ganztags-Grundschulen zu erproben, wie ein solches Parlament eingeführt werden und ausgestaltet sein sollte. Dem Anspruch einer frühen Einbindung der Kinder folgend, sollte schon die Gründung der Parlamente unter Beteiligung der Kinder selbst vorangetrieben werden. Wie können Grundschulkinder das Regelwerk ihres Parlaments selbst entwickeln? – Das war die Leitfrage,

die den Evangelischen Kirchenkreis Iserlohn als Träger mehrerer Offener Ganztags-Betriebe (OGS), die jeweiligen OGS-Leitungen und die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in NRW (aej NRW) umtrieben. So entstand die Idee, dass die Kinder, und zwar alle Kinder des jeweiligen OGS-Standorts, in einem sogenannten Verfassungskonvent an der Entwicklung des grundlegenden Regelwerks mitwirken.

Um dieses ambitionierte Projekt umzusetzen, bildete sich ein multiprofessionelles Projektteam (zwei Mitarbeitende des Kirchenkreises als Träger der Ganztagsschulen, die OGS-Leitungen der drei Projektstandorte, Netzwerkstelle „Politische Bildung" der Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in NRW). Im Projektverlauf stießen weitere OGS-Mitarbeitende sowie vier Honorarkräfte dazu. Gemeinsam absolvierten sie folgende Projektetappen:

Die erste Aufgabe war es, die Idee des OGS-Trägers, nämlich OGS-Parlamente aufzubauen, weiterzuentwickeln. Dabei übernahm die aej NRW eine koordinierende Rolle. Die Idee, die Kinder die Verfassung entwickeln zu lassen, nahm der OGS-Träger positiv auf. Zusammen mit dem Träger wurden das Vorhaben strukturiert, Fördergelder beantragt und moderationserfahrene Honorarkräfte aus der aej NRW als Unterstützer*innen für die Workshops gefunden. Der OGS-Träger kümmerte sich um die Gewinnung der OGSsen als Modellstandorte. Der Plan, den Ablauf der Projekttage und die acht Workshop-Konzepte gemeinsam im interdisziplinären Team zu entwickeln, ging nicht vollständig auf. Zwar kommentierten die Honorarkräfte die Konzepte und trugen so zur Verbesserung bei, die Mitarbeitenden des Trägers und der OGSsen brachten jedoch keine Verbesserungsvorschläge ein, sodass beim Planungstreffen keine didaktischen Fragen diskutiert wurden. Stattdessen nahmen die Mitarbeitenden die Konzepte dankbar an und übernahmen sie mit minimalen Veränderungen.



Rolle der politischen Bildung: Was Akteur*innen der außerschulischen politischen Bildung bieten können

Die Zusammenarbeit der verschiedenen Professionen hat immer wieder die Frage aufgeworfen, welche Rolle die politische Bildung sowohl in Projekten als auch in den Strukturen des Offenen Ganztags spielen kann. Die im Projektverlauf gewonnenen Eindrücke und Erfahrungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Akteur*innen der außerschulischen politischen Bildung können Innovation ermöglichen: Ein*e externe*r politische*r Bildner*in bringt in einen Ganztag einen fachspezifischen Wissens- und Erfahrungsschatz (beispielsweise zu Partizipation, zu Methoden der politischen Bildung, zu Politik) ein, über den Jugendarbeiter*innen, Erzieher*innen und auch die Mitarbeitenden des Trägers oftmals nicht verfügen. Außerdem kann er*sie sich (im Idealfall) Zeit nehmen, um konsequent von der Zielgruppe aus zu denken, bestehende Konzepte zu sichten, mit Expert*innen zu sprechen (in diesem Fall von Kinderparlamenten in Kita, gebundener Ganztagsschule und Kommunen) und interaktive Formate zu entwickeln.

Außerdem können politische Bildner*innen motivieren, koordinieren und einen externen Blick einbringen: Sie haben Erfahrung, vermeintlich „trockene“ und „komplexe“ Inhalte attraktiv zu gestalten, Menschen dafür zu gewinnen, und wissen, wie sich komplexe Prozesse in interdisziplinären, neu zusammengestellten Teams moderieren lassen. Als „System-Fremde“ können sie kritische Nachfragen stellen, Altbewährtes hinterfragen und kritische Reflexionen anstoßen. So kann offen angesprochen werden, dass in Beteiligungsprojekten oft ein „divergierendes Verständnis von Partizipation von Schülern“ und eine Furcht vor „Autoritätsverlust“[3] besteht, und diese Aspekte können frühzeitig offensiv angegangen werden.

Eine weitere Aufgabe, die politische Bildner*innen übernehmen, ist die Aufbereitung der Materialien (beispielsweise Methoden, Arbeitsmaterialien, Erkenntnisse), die im Projekt entstehen. So verschriftlichen sie etwa Erkenntnisse, tragen sie aber auch in andere Netzwerke und auf Fachtagen weiter. Durch diese Weitergabe der Erkenntnisse an andere Multiplikator*innen (hier für die politische Bildung mit Kindern, für OGS-Mitarbeitende/Leitungen) erhöhen sie deren Reichweite. Da es hunderte Ganztagsschulen gibt, die von den Projekterkenntnissen profitieren könnten, ist diese Möglichkeit der Wissensverbreitung gerade in diesem Projekt sehr gewinnbringend.

Darüber hinaus können politische Bildner*innen Teams zusammenstellen, die komplexe innovative Projekte umsetzen. Sie haben Kontakte zu anderen Expert*innen, kennen moderationserfahrene Teamer*innen und verfügen über viel Erfahrung in der Zusammenarbeit in interdisziplinären Teams. Gerade die Workshops der eingesetzten Teamer*innen waren in diesem Projekt besonders hochwertig, weil sie sehr gut vorbereitet und mit viel Engagement durchgeführt wurden.

Grenzen der Wirksamkeit: Was Akteur*innen der außerschulischen politischen Bildung nicht leisten können

Die außerschulische politische Bildung ist nicht in der Lage, maßgeblich zur (eigentlich dringend notwendigen) Klärung des Verhältnisses zwischen Schule und Offenem Ganztag beizutragen. Im Rahmen eines Projekts können die externen Projektbeteiligten zwar ihre Beobachtungen an OGS- und Schulleitung kommunizieren oder gemeinsame Projektbausteine vorsehen, aber gewachsene Beziehungen nicht grundlegend verändern.

Auch die Pädagogik der jeweiligen OGS wird sich nicht durch einzelne Interventionen ändern lassen: Die politischen Bildner*innen und Teamer*innen waren irritiert angesichts der Strenge (klare Ansagen, mehrfaches Androhen von Strafen) in einer OGS. Anders ließe sich der Tagesablauf mit den bis zu achtzig Kindern laut Einschätzung der OGS-Mitarbeitenden nicht umsetzen. Die Teamer*innen taten sich mit diesem Vorgehen schwer, merkten in den eigenen Workshops aber auch, dass die von ihnen präferierte, aber eben nur von ihnen praktizierte „sanftere Pädagogik" die Kinder verunsicherte und nicht die gewünschten Ergebnisse erzielte.
Akteur*innen der politischen Bildung müssen sich des begrenzten Zeitkontingents der OGS-Mitarbeitenden bewusst sein. Immer wieder betonten diese, dass sie für Planungen, Materialaufbereitung und Reflexionsrunden keine Zeit hätten. Sie seien in ihrer Arbeitszeit stets von Kindern umgeben und hätten keine ruhige Minute, beispielsweise um ihren Workshop-Ablauf zu verschriftlichen. Dass politische Bildner*innen und OGS-Mitarbeitende gar gemeinsam die acht Workshops planen und voneinander lernen würden, stellte sich als illusorisch heraus. Die Workshop-Konzepte wurden schließlich ohne die OGS-Mitarbeitenden geschrieben und von den Teamer*innen weiterentwickelt.

Die OGS-Mitarbeitenden nannten die Vorschläge „gelungen", setzten sich kurz vor den Projekttagen damit auseinander und nahmen lediglich spontan Änderungen vor. Eine gemeinsame Konzeptentwicklung war nicht möglich. Durch die Kooperation in Großprojekten im Kontext Offener Ganztag wurde deutlich, dass die Partner*innen nur geringe Ressourcen einbringen können.
Politische Bildner*innen sollten sich nicht die „Expert*innen-Karte" zuschieben lassen. Dass politischen Bildner*innen eine große Expertise darin, wie man politische Themen anspricht und Workshops konzipiert, zugesprochen wird, sollte nicht dazu führen, dass sich andere Akteur*innen aus dieser Aufgabe zurückziehen. Das würde die Chancen der Interdisziplinarität vergeben und die politische Bildung in die Rolle eines „Dienstleisters" drängen. Solche „Dienstleistungsverhältnisse" sind in Kooperation mit Schule nicht unüblich und werden oft als „reibungsloser"[4] wahrgenommen, jedoch sind sie weniger wirksam – weil nicht eingebettet und strukturverändernd. OGS-Betriebe, so der Eindruck im Projekt, nehmen Angebote von außen dankend an, können aber nicht allzu viele Ressourcen investieren.

Zudem sollte sich die politische Bildung nicht für öffentlichkeitswirksame Inszenierungen vereinnahmen lassen: Auch wenn die Schlagworte „Großevent", „Kinder" und „irgendwas mit Demokratie" Politiker*innen und Presse anlocken, sollte sichergestellt sein, dass die Kinder im Mittelpunkt stehen und trotz eines „Erfolgsdrucks" der „Mut zum Scheitern" nicht verloren geht.
Eine wichtige Erkenntnis im Hinblick auf OGS-Kinder als Zielgruppe von Projekten der politischen Bildung war, dass die Konzentrationsfähigkeit der Kinder nicht zu überschätzen ist: Nach einem langen Schultag war es kaum möglich, zweistündige Workshops durchzuführen.
Die Uhrzeit, die sommerliche Hitze und die Tatsache, dass viele Kinder das Workshop-Format nicht kannten, trugen dazu bei, dass sich ein Großteil der Kinder schwertat mitzuarbeiten. Für die OGS-externen Projektbeteiligten war es manchmal frustrierend zu sehen, dass sich die Kinder an manchen Stellen unkonzentriert, gelangweilt und/oder überfordert zeigten. Die OGS-Team-Mitglieder kamen zu einer anderen Einschätzung: Sie sahen es als Erfolg, immerhin einige Kinder begeistert zu haben.

Gerade Kindern, die sonst unauffällig sind und somit weniger Aufmerksamkeit erfahren, etwas Neues zu bieten und ihnen neue Themen zu eröffnen, stellten sie als Gewinn heraus, angesichts dessen die Langeweile und Unkonzentriertheit anderer in den Hintergrund trat.

Spätestens nach Einführung des Anspruchs auf einen Ganztagsplatz werden Ganztagsschulen für immer mehr Kinder ein wichtiger Raum des Aufwachsens sein. Es ist also höchste Zeit, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie diese Institution zur politischen Bildung von Kindern beitragen kann. Akteur*innen der politischen Bildung können und sollten jetzt gemeinsam mit den Fachkräften vor Ort Konzepte für Projekttage, AGs und Ferienprogramme entwickeln und erproben. Die Erfahrung darin, wie Interesse für Politik geweckt werden kann, wie komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge verständlich gemacht und nonformale Bildung in Schule getragen werden kann, dafür kann politische Bildung in Ganztagsbetrieben einen großen Mehrwert bieten. Genauso wichtig wie das Anstoßen von Projekten erscheint es, die hinter politischer Bildung stehende Haltung an Ganztagsschulen zu fördern. Die enge Verzahnung von Schule und Ganztagsbetreuung ist zwar in vielerlei Hinsicht erstrebenswert, birgt aber auch die Gefahr, dass letztere sich von den Grundprinzipien der Jugendarbeit und politischer Bildung (beispielsweise Freiwilligkeit und Verzicht auf Leistungsbewertung) entfernen und sich auf die Unterstützung von Kindern im Schulalltag, die Hausaufgabenbetreuung und soziale Bildung beschränken. In der Kooperation zwischen außerschulischer Bildung und Schule kann politische Bildung dazu beitragen, dass Kindern große Projekte zugetraut, Impulse für (noch) mehr Partizipation gesetzt und der oftmals stark getaktete Alltag durch Projekte durchbrochen werden kann.

1. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin, S. 72.
2. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin, S. 478.
3. Transferstelle politische Bildung (Hrsg.) (2017): Gemeinsam stärker!? Kooperationen zwischen außerschulischer politischer Bildung und Schule. Jahresthema 2017 der Transferstelle politische Bildung. Essen, S. 14.
4. Ebenda, S. 13.

Johanna Rohde ist Jugendbildungsreferentin bei der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in NRW.

*Dieser Artikel ist erschienen in: Gramoll, Annika; Jantschek, Ole; (Hrsg.): In Verantwortung – Jugendliche als Mitgestalter*innen politischer Bildung und demokratischer Politik. Jahrbuch 2023. Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung. Berlin, S. 44-49.*
www.politische-jugendbildung-et.de